

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
am letzten Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt
„Plauderblättchen“ und „Alte Meise Winzer-Zeitung“.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.20
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 10 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Effenke in Oestrich und Eltville.
Fernsprecher No. 88

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No. 73

Donnerstag, den 20. Juni 1918

69. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Aushang der Kleinverkaufshöchstpreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund des § 5 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 607) wird bestimmt, daß, wer Gemüse und Obst im Kleinhandel feilhält, verpflichtet ist, einen von außen leserlichen Aushang einfacher Art in seinem Verkaufsraum oder an seinem Betriebsstand anzubringen, aus dem der genaue Verkaufspreis der Ware im einzelnen sowie der etwa vorgeschriebene Höchstpreis ersichtlich ist.

Wer dieser Vorschrift zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

Küdesheim a. Rh., den 10. Juni 1918.

Der Kreisamtsrat des Rheingaukreises.

Betr.: Geschirre für die Landwirtschaft.

Die Kreisverwaltung hat sich bereit erklärt eine Anzahl nicht mehr kriegsbrauchbarer oder nicht vorchristmässiger, im übrigen jedoch vollständiger Siedengeschirre (mit Baumzeug und Leine ohne Bolzen und Ringe) aus Beständen des Traindepots käuflich an die Landwirte abzugeben. Bedarfsanmeldungen sind sofort hierher zu richten, damit die dazu nötigen vorgezeichneten Anträge zur Ausfüllung zugehelt werden können. Die Herren Bürgermeister bitten wir außerdem noch um ortsübliche Bekanntmachung des Vorstehenden.

Küdesheim a. Rh., den 13. Juni 1918.

Kreisamtsrat.

Ämtliche deutsche Heeresberichte.

BB. Großes Hauptquartier, 18. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Die feindliche Artillerie entwickelte in einzelnen Abschnitten in Flandern, beiderseits der Lys, zwischen Arras und Albert rege Tätigkeit. Nach heftigem Feuerüberfall griff der Feind gegen Mitternacht südwestlich von Albert an. Er wurde abgewiesen und ließ Gefangene in unserer Hand.

Front des deutschen Kronprinzen

Südwestlich von Royon und südlich der Aisne lebte die Artillerietätigkeit in den Abendstunden auf. Teilvorstöße des Feindes nördlich der Aisne und nordwestlich von Chateau-Thierry wurden abgewiesen.

Der erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

BB. Großes Hauptquartier, 19. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Rege Erkundungstätigkeit der Infanterie. Teilangriffe des Feindes im Nieppe-Wald und nordöstlich von Bethune wurden abgewiesen. Der Artilleriekampf lebte nur in wenigen Abschnitten auf.

Front des deutschen Kronprinzen

Südwestlich von Compiègne scheiterten am frühen Morgen die Angriffe französischer Regimenter am Nordostende des Waldes von Biffers Côte-à-Côte. Am Tage mehrfach wiederholter Ansturm brach unsere östlich von Montgobert vorspringende Linie etwas in das Innere des Waldes zurück. Im Elignon-Abschnitt nordwestlich von Chateau-Thierry stießen mehrere feindliche Kompagnien zum Angriff vor. Sie wurden von unseren Vorposten abgewiesen.

Artillerie und Minenwerfer belegten mit starken Feuerüberfällen die feindlichen Anlagen bei Reims. Nachstoßende Infanterieabteilungen brachten etwa 50 Gefangene ein.

Gestern wurden 23 feindliche Flugzeuge und drei Fesselballone abgeschossen.

Hauptmann Berthold errang seinen 35., Leutnant Veltjens seinen 22. Luftsieg.

Der erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Oesterreichischer Heeresbericht.

BB. Wien, 18. Juni. (Ämtlich.)

Die Schlacht in Venetien nimmt ihren Fortgang. Die Armee des Generalobersten Fohn v. Burm gewann an zahlreichen Stellen Raum. Ihr Südflügel erreichte in zähen Kämpfen den Kanal Fossedda. Generaloberst Erzherzog Josef baute seine Erfolge im Montello-Gebiete aus. Italienische Gegenstöße scheiterten. In drei Kampftagen wurden in diesem Gebiet 72 italienische Geschütze eingebracht, darunter zahlreiche schwerer Kaliber. Weiterseits

der Brenta konnte der Feind abermals vergeblich gegen unsere neuen Stellungen an. So erfolglos verliefen südlich von Asiago mehrere scharfe Angriffe.

Die Zahl der Gefangenen ist auf 30 000 gestiegen, jene der erbeuteten Geschütze auf 120. Die Beute an Minenwerfern und Maschinengewehren, sowie sonstigen Kriegsmitteln ist noch nicht gezählt.

Der Chef des Generalstabs.

Die Schlacht in Venetien.

(3.) Wenn wir die Tagesberichte des österreichisch-ungarischen Generalstabs als Unterlage nehmen, so ist rein taktisch folgendes erreicht worden: Einbruch an mehreren Stellen der Gesamtfrente vom Adamello bis zum Meere. Weiterseits der Brenta tobt der Kampf auf dem schmalen Gebirgsrand, an dem sich die Italiener und ihre Hilfstruppen seit den letzten Herbstkämpfen festgesetzt haben; nach ämtlicher Meldung war der vorderste Randberg Rontero (nördlich von Bassano) vorübergehend in der Hand der Angreifer. Im Asago-Gebiet stieß der Einbruch auf eine mächtige, im voraus bereitgestellte Angriffsmasse der Alliierten; das ist interessant und wichtig. An der Piavelinie ist das breite, durch Hochwasser verstärkte Stromhindernis in glänzendem Angriff an mehreren Stellen im ersten Anlauf überschritten worden. Am Montelloblock und im Raum von San Dona di Piave entstanden ziemlich tiefe Einbruchsstellen, während im Zentrum (in der Gegend von Maserada) die Italiener sich am Flußbett zu halten vermochten. Der Montello ist ein gewaltiger Bergfloh, festungsartig isoliert, bis zu 369 Meter hoch. Nach dem großen Rückzug der geschlagenen italienischen Armeen übernahmen damals englische Truppen die Verteidigung dieses von Natur ungewöhnlich starken Bollwerks. Auf diesen Block, an dem die ganze Piavelinie verankert ist und der die Ebene weit hin beherrscht, haben sich Truppen der Armee Burm in zähem Kampf nach Ueberschreitung der Piave hinaufgearbeitet; die Italiener geben zu, daß die Angreifer bereits den Punkt 279 im Besitz haben. Der linke Flügel der Armee Erzherzog Josef hat den Italienern trotz heftigster Gegenwehr den Bridentopf von San Dona (auf dem östlichen Flußufer) entrissen und die Piave überschritten; längs der von Fagare nach Treviso führenden Bahn vorstößend, haben andere Kolonnen mehrere feindliche Linien genommen. Gleichviel welche taktischen Ziele sich die österreichisch-ungarische Heeresleitung gesteckt hat und welche strategischen Entschlüsse nach erreicht, Bindung und Schwächung des italienischen Heeresflügels überhaupt in Betracht gezogen werden können, läßt sich feststellen, daß die Ueberwindung des Piavelaufs und die Errichtung ausgedehnter Ausfallstellungen jenseits der Piave eine ausgezeichnete, wenn auch in ihren sichtbaren Folgen örtlich begrenzte kriegerische Leistung ist. Ein endgültiges Urteil läßt sich noch nicht fällen, weil die Schlacht in Venetien noch nicht beendet ist.

Italienischer Kriegsbericht.

Rom, 18. Juni. Die Heftigkeit der Schlacht hat an der Gebirgsfront ein wenig nachgelassen, an der Piave dagegen gestern zugenommen. Die dritte Armee hat einen kräftigen Stoß des Feindes gegenüber Maserada und Candelo aufgehalten und wiederholte Versuche, einen neuerlichen Uebergang auf das rechte Flußufer zu bewerkstelligen, blutig abgewiesen. Von Fossalia bis Caposile war der Kampf wütend und ohne Unterbrechung. Ansätze zu starkem Vorwärtsschreiten sind durch unseren Widerstand gebrochen und durch unsere Gegenoffensive aufgehalten worden. Der Kampf ging erst spät in der Nacht zu Ende. Der Gegner konnte die geringe Tiefe seines Einbruchs nicht erweitern, auf dem schon seit vier Tagen der Kampf wütet. Wir machten 1550 Gefangene. Zwei Angriffe vom nordöstlichen Vorposten des Monte Serrero in der Richtung Südwesten und Südosten scheiterten. Wir machten 100 Gefangene. Am Südrand der Asagohöhebene entrissen unsere Truppen dem Feind den Bizzo Reazza und die Höhen südöstlich von Sasso, wobei sie etwa 300 Gefangene einbrachten. Zahlreiche weitere Gefangene wurden weiter westlich durch die britischen Truppen eingebracht.

Vom Westen.

BB. Bern, 19. Juni. Der Militärkritiker des „Bund“ weist auf die schwierige Lage des Generalis Foch hin und zweifelt nicht, daß dieser die Linie Beaumont-Genlis-Meaux bereits als rückwärtigen Verteidigungsabschnitt habe herrichten lassen. Jeder Schritt südwärts bringe ihn dem Saume des verschanzten Lagers von Paris näher, das er jetzt schon bei Compiegne und Villers-Cotterets verteidigte, obwohl es die Deutschen weder direkt angreifen, noch als geographisch-strategisches Ziel zu erreichen suchten. Sobald Paris so hart an der Peripherie liege, daß die Nord- und Ostverbindungen der englisch-französischen Front im Umkreis von Paris von der Schlacht erfasst würden, habe Hindenburgs Angriffsfeldzug eines seiner wichtigsten Operationsziele erreicht. Fochs Gegenmaßnahmen haben diese Entwicklung gehemmt, ohne ihr entkommen zu können.

nen. Dazu bedürfte es anderer Mittel und völkiger Zurückgewinnung der Initiative.

Die Fliegerfähigkeit auf der Kampffront.

BB. Berlin, 18. Juni. Im Zusammenhang mit unseren siegreichen Schlachten auf der Erde steigerte sich im Monat Mai der Kampf zur Luft zu ungewöhnlicher Heftigkeit. Im ganzen verloren unsere Gegner durch unsere Kampfmittel 413 Flugzeuge und 27 Fesselballone; 223 dieser Flugzeuge blieben in unserem Besitz; die andern wurden jenseits unserer Linien völlig zerstört zum Absturz gebracht. An diesen Erfolgen sind unsere Flieger mit 333, unsere Abwehrgeschütze mit 60 Flugzeugen beteiligt. Außerdem wurden 18 Flugzeuge jenseits unserer Linien schwer beschädigt zur Landung gezwungen, davon 12 durch unser Abwehrfeuer von der Erde. Des weiteren fielen bei dem siegreichen Vordringen unserer Truppen an der Aisne und Marne zahlreiche feindliche Flugzeuge unversehrt oder beschädigt in unsere Hand. Im Monat Mai warfen unsere Bombengeschwader über 800 000 Kilo Sprengstoff ab.

Neue Tauchboot-Erfolge.

BB. Berlin, 18. Juni. (Ämtlich.) Im Sperrgebiet um England sind durch unsere U-Boote wiederum 16 000 Bruttoregistertonnen

feindlichen Handelschiffsräume vernichtet worden. Außerdem wurden an der Ostküste Englands folgende englische Fischerfahrzeuge und Segler versenkt: Fortuna, Colipse, Dapspring, Alert, Vesper, Diantbus und Notiv.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

BB. Berlin, 19. Juni. (Ämtlich.) Im Sperrgebiet des Mittelmeeres versenkten unsere U-Boote 6 Dampfer und 4 Segler von zusammen

24 500 Bruttoregistertonnen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

England verneint.

BB. Berlin, 18. Juni. (Ämtlich.) Nach einem Telegramm aus Stockholm hat der englische Gesandte in Stockholm über die Minen im Kattegat folgende Erklärung abgegeben: Englische Minen und im April d. J. zwecks Vernichtung feindlicher U-Boote im Kattegat ausgelegt worden, aber in einer Tiefe von mindestens 35 Fuh, so daß sie für gewöhnliche Handelsfahrzeuge keine Gefahr bieten. Andererseits ist zur Kenntnis der britischen Seebeförden gekommen, daß vom 12. bis 15. Mai ein kleiner deutscher Kreuzer, von U-Booten begleitet, östlich von Slagen operiert und offenbar Minen ausgelegt hat. Die britischen Marinebehörden wünschen ausdrücklich feststellen, daß keine britischen Minen in schwedischen Hoheitsgewässern ausgelegt worden sind. — Hierzu wird folgendes festgestellt: 1. Nachdem bekannt geworden war, daß die Engländer den Versuch gemacht hatten, das Kattegat durch Minen zu sperren, haben wir uns zu entsprechenden Gegenmaßnahmen gezwungen gesehen. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen wurde Mitte Mai begonnen, um den Engländern weitere Maßnahmen gegen unsere Kriegführung unmöglich zu machen. Hierbei ist auf die neutralen Hoheitsgewässer peinlichste Rücksicht genommen worden. 2. Von der schwedischen Regierung sind bereits im April Minen innerhalb ihrer Hoheitsgewässer gefunden worden. Von schwedischer Seite ist festgestellt, daß es sich um englische Minen handelte. Diesen Minen sind mehrere schwedische Fahrzeuge zum Opfer gefallen, wobei auch Menschenverluste zu beklagen waren. 3. Die Erklärung des englischen Gesandten, daß die Engländer keine Minen in neutrale Hoheitsgewässer gelegt hätten, und daß sie beim Auslegen der Minen auf die Handelschiffahrt Rücksicht genommen hätten, entspricht daher nicht den Tatsachen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Ereignisse zur See.

BB. Bern, 19. Juni. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ meldet aus New-York vom 13. Juni, daß die norwegischen Dampfer „Vindoggen“ und „Hendredlund“ an der Küste von Virginia von einem Tauchboot versenkt worden sind.

Aus den Ruinen von Reims.

sendet der französische Berichterstatter der „Berlingste Tribune“, der vor wenigen Tagen Reims besucht hat, seinem Blatt folgende eindrucksvolle Schilderung der von schwarzen und braunen Franzosen zäh verteidigten Ruinenstadt, die vor dem Kriege das „französische Athen“ genannt und von Touristen überschwemmt wurde. „Wenn man von Spemay kommt und der großen Landstraße folgt“, so schreibt der dänische Journalist, „kommt man zunächst durch einen herrlichen Landwald. Plötzlich macht dann die Straße eine Schwenkung, und man steht die wunderbare schöne Ebene von Reims vor sich liegen. Ein einzelner Bauer macht sich auf dem Felde mit seinen Ackergeräten zu schaffen. Sonst ist kein Mensch

zu sehen. Die Bevölkerung ist fortgezogen. Das Unkraut kann nach Herzenslust wuchern. Und inmitten der Ebene raucht Reims. Wir erblicken schon von weitem eine hell aufsteigende graubraune Mauer, die uns gleich einem gewaltigen Scheunentor entgegengähnt. Es ist die Fassade der Kathedrale. Rings um sie her schlagen Flammen empor. In einem Halbkreis liegen auf ein paar niedrigen Anhöhen die von den Deutschen bereits in den ersten Septembertagen von 1914 eroberten befestigten Stellungen, von denen aus sie die Stadt beherrschten. Dennoch hielt die Bevölkerung von Reims aus, bis das Bombardement während der letzten Hälfte von 1917 zunahm. Im März waren von den 120 000 Einwohnern nur noch 3500 übrig. Jetzt ist die Stadt vollkommen menschenleer. Wir fahren durch das Pariser Tor in die Stadt. Durch die Fenster des Autos wechseln kaleidoskopartig Bilder von leeren Schützengräben, Verschützungen und Drahtverhauen. Das waren einst die Champagnefelder von Reims! Auch in der Stadt selbst ist nichts mehr unbefriedigt. Alles ist entzweigelt oder von den Flammen verzehrt. Auf der Straße ist kaum vorwärts zu kommen. Man kommt sich vor wie in Pompeji. Und immer weiter fallen die Bomben. Häuser brennen; aber niemand ist zum Löschen da, weil es in allen Stadtteilen brennt und die Feuerwehrmannschaft voll zu tun hat. Die ganze Zeit über flattern Krähenschwärme über uns in der Luft. Reims ist die Stadt der Krähen geworden.

Clemenceau.

(*) In den politischen Kreisen Berlins erhält sich die Auffassung, daß Frankreich, durch die Vortage gezwungen, im Ernst an eine Friedensoffensive gerangelt, allerdings unter den größtmöglichen Vorbehaltsmaßnahmen auch gegenüber England und Amerika, wo man wegen der Verjüngung der französischen Freie Friedensfähler anzuknüpfen, bereits hatte Nervosität zu zeigen beginnt. Es sind über das neutrale Ausland zahlreiche Berichte aus Frankreich über die Stimmung innerhalb von Regierung, Parlament und Volk eingelaufen, die keinen Zweifel lassen, daß Frankreich sich jetzt auf der Höhe der Stimmungskrisis befindet, die Ende Mai eingetreten war. Die Möglichkeit entscheidender Wendungen ist nach diesen Berichten nicht von der Hand zu weisen, wenn es auch verfrüht wäre, schon jetzt die Hoffnung auszusprechen, daß Frankreich durch seine Regierung ein ernsthaftes Friedensangebot an Deutschland machen würde, das auf Annahme rechnen könnte. Gewiß erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Pariser Regierung ein solches oder lang mit einem Angebot an die Öffentlichkeit tritt. Das würde dann aber kaum ernst zu nehmen, dagegen darauf berechnet sein, Wirrungen bei uns im Innern und möglicherweise auch zwischen den Völkern Deutschlands und Österreichs heraufzubeschwören. Es hat nämlich den Anschein, als ob Herr Clemenceau seine letzte Zukunft in der Aufstellung von Friedensbedingungen suchen wollte, von denen er von vornherein annehmen muß, daß sie für Deutschland unersitzbar wären. In solch einem Falle würde er lediglich auch die Absicht verfolgen, den zum Frieden drängenden Teilen seines Volkes einen Köder hinzuworfen, um seine eigene Stellung neu zu befestigen und Herr der Stimmungskrisis zu werden. Wie sehr das Danaergeschenk eines französischen Friedensangebots von unserer Seite zu fürchten wäre, geht aus folgendem Zustand hervor: Noch kann zwar die Stellung Clemenceaus selber nicht als so erschüttert bezeichnet werden, daß man mit seinem unmittelbaren Sturz rechnen könnte — denn ein solcher würde unfehlbar auch den Sturz Poincarés, das Heraufkommen einer sozialistischen Regierung und den Konflikt Frankreichs mit seinen englischen und amerikanischen Verbündeten zur Folge haben — aber es steht außer jeder Frage, daß Clemenceaus Regierung augenblicklich stark bedroht ist, und daß die Gefahr einer Regierungskrisis je nach den militärischen Ereignissen früher oder später eintreten muß. Gefährdeter als Clemenceaus Stellung ist aber zweifellos die Lage des Generalissimus Foch, der im Volk und Heer ohne Frage das Vertrauen verloren hat, aber bisher noch von Clemenceau gehalten wird, weil mit dem Abgang von Foch England und Italien wieder ihre frühere Selbständigkeit in Sachen der Heeresleitung fordern würden, ein Verlangen, das nach Clemenceaus Befürchtungen gefährliche Rückwirkungen auf die Volkstimmung in Frankreich haben würde, wo der Haß besonders gegen die Engländer schon jetzt nur noch mit Mühe unterdrückt werden kann. Das eitle französische Volk betrachtet die Verbeibaltung der obersten Heeresführung als Ehrenfrage. Ein Grund, was Clemenceau bis jetzt noch halten konnte, ist, daß er seinen Bedrängern versprochen anknüpft, daß sein Abgang auch den Präsidenten mitreißen und den Triumph der Feinde vervollständigen würde. Mit diesem Mandat hat er bisher auch immer noch Einbruch gemacht.

DP. Bern, 19. Juni. Meldungen aus Paris besagen, daß die Unzufriedenheit mit Clemenceau im Westen begriffen ist, und daß Briand immer mehr als der kommende Mann gilt. Man rühmt ihm die staatsmännische Gewandtheit nach, die Clemenceau gänzlich abgeht und die zur Verbeibaltung der einseitigen Verhandlungen über den Frieden unerlässlich ist. Clemenceau ist zwar ein guter Journalist, aber ein schlechter Staatsmann. Er bringt es nicht fertig, den Krieg über den toten Punkt hinwegzuführen. Inzwischen wird die Lage in der Hauptstadt immer kritischer. Der Glaube, daß Clemenceau Frankreich retten könne, ist offenbar auch in den bürgerlichen Kreisen im Schwinden, und daher hört man vielfach die Meinung, daß Clemenceau, ob nun die Deutschen in Paris eingedrungen oder nicht, die längste Zeit Ministerpräsident gewesen sei.

DP. Genf, 19. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Daß Clemenceau unter dem Druck der erregten Stimmung in den sozialen Parteien und in der gesamten Arbeiterschaft auf Wunsch des Präsidenten Poincaré dem sozialistischen Führer den Eintritt in sein Ministerium anbot. Seine Bemühungen blieben jedoch erfolglos, da die Sozialisten einmütig erklärten, bei der gegenwärtigen Lage keine Verantwortung übernehmen zu können.

Graf Burian und der Friede.

DP. Wien, 18. Juni. Das „Fremdenblatt“ bringt folgenden Artikel über eine Unterredung, welche der Minister des Äußeren seinem Chefsekretär gewährt hat. Die Rede, welche Lord Milner am 14. Juni in London gehalten hat, schlug wieder auf-

fallend harte Töne gegen die Mächte des Vierbundes an. In dieser Rede kommt neuerlich das Bedürfnis zum Ausdruck, die Kriegsziele der Mittelmächte als Ausfluß der deutschen Herrschergelüste nicht allein bezüglich ihrer Segner, sondern auch ihrer eigenen Bundesgenossen hinzuzufügen. Was die angeblichen Ziele der Mittelmächte und deren Bedürfnis betrifft, durch immer weitere Meere von Blut zu waten, so möge Lord Milner denn doch einmal einen aufrichtigen Versuch unternehmen, sich darüber des Näheren zu erkundigen. Er wird erstaunt sein, wie himmelweit unsere Ziele von jenen entfernt sind, die unsere Segner der Welt immer wieder vorzutäuschen suchen und die sie ihr als Schreckensgemälde an die Wand malen. Darin, daß diese untergeschobenen Ziele unerreichbar sind, stimme ich Lord Milner ohne weiteres zu, aber ich kann Ihnen versichern, daß es in den Zentralmächten und hier in Österreich-Ungarn trotz Milner — ich kann wohl auch im Namen Deutschlands sprechen — keinen Menschen mit gesunden Sinnen gibt, der sich ein englisches Ziel auch nur in seinen verwegenen Träumen gesetzt hätte.

DP. Budapest, 19. Juni. Der „Pester Lloyd“ schreibt über die Aeußerungen des Grafen Burian im „Fremdenblatt“: Es ist nicht etwa ein neues Friedensangebot, das der Minister des Äußeren der Entente macht, sondern vielmehr eine Aufforderung an die Entente, sich auf den Weg aufrichtiger und konkreter Verhandlungen zu begeben, und die Erinnerung daran, daß wir niemals die Ziele, die uns vorschweben, unbedingt nur auf dem Wege der Gewalt verwirklichen wollen. — „Bilag“ sagt: Die Aeußerungen Burians sind umso bedeutungsvoller, als er hinzufügt, daß er diese auch im Namen Deutschlands mache.

Württembergers Standpunkt.

DP. Stuttgart, 19. Juni. Ueber die sogenannte elsass-lothringische Frage hat man gestern verhandelt. Der Berichterstatter, Dr. v. Sieber, sagte, daß u. a., daß der Finanzausschuß sich darin einig war, daß eine Aufteilung der Reichsländer unter den beiden größten deutschen Bundesstaaten den höheren Interessen des Deutschen Reiches widerspreche und weder den Interessen der Reichsländer noch denjenigen der Bundesstaaten entsprechen würde. Der Ministerpräsident teilte mit, daß ein bestimmter Plan noch nicht vorliege, und daß die württembergische Regierung, wenn einmal ein solcher vorliege, im Bundesrat ihre Stellung dazu nicht einnehmen werde, ohne vorher Rührung mit den Landständen zu nehmen. Auch der Ministerpräsident machte gegen die eben erwähnte Art der Lösung ernsthafte Bedenken geltend. — Ferner ist ein Antrag einstimmig angenommen worden, daß die königliche Regierung dahin wirken soll, daß die Zensur im Reichsländer gleichartig behandelt wird. — Weiterhin wurde die Frage der Entsendung des bayerischen Ministerpräsidenten a. D. Grafen von Podewils als bayerischen Vertreters zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk besprochen. Der Finanzausschuß war mit dem Ministerpräsidenten darin einig, daß ein in den Jahren 1870—71 abgeschlossenes Uebereinkommen zwischen Preußen und Bayern, das dem letzteren das Recht einer besonderen Vertretung bei Friedensverhandlungen einräumte, sein deutsches Reichsrecht begründen würde. Staatsrechtlich betrachtet, wäre ja auch der deutsche Kaiser nicht in der Lage, sein ausschließliches Recht, Frieden zu schließen (Art. 11 der Reichsverfassung), ganz oder teilweise an einen Bundesstaat abzutreten. Doch mag die Sache auf sich beruhen, da eine weitere Vertretung eines bayerischen Sonderrechtes nicht erfolgt, vielmehr die Entsendung des Grafen von Podewils mehr als Höflichkeitssakt betrachtet worden zu sein scheint. Es ist die Frage erhoben worden, ob ein gleicher Höflichkeitssakt nicht auch für Württemberg gewünscht werden solle. Eine solche Entsendung eines sachkundigen Vertreters beispielsweise bei besonderen wirtschaftlichen Fragen, wäre zweifellos mit den deutschen Gesamtinteressen wohl vereinbar, und es darf angenommen werden, daß grundsätzlich dagegen auch in Berlin keine Bedenken bestanden. Im übrigen wird auf ein einheitliches, nach außen geschlossenes Auftreten der Vertreter des Deutschen Reiches ein besonderes Gewicht zu legen sein. Eine Sorge in dieser Richtung ist unbegründet. Aber es war gut, auch das bestehende Recht festzulegen. Diese Ausführungen wurden debattiert entgegengenommen.

Bei den Finnen abgeblitzt.

(30.) Stockholm, 18. Juni. Der finnische Gesandte trafte im Auftrag der Entente-Regierungen eine Note an den finnischen Gesandten in Paris, worin er ermahnt, daß die alliierten Regierungen alles getan hätten, um Finnland die Einsprüche notweniger Waren zu erleichtern. Da die finnische Regierung jetzt aber einen Verzug geschonken habe, so sei die Neutralität umgangen, die Finnland früher vorgab, streng einzuhalten. Es werde von Deutschland noch militärische Hilfe verlangt worden sei, sei es unmöglich, daß die alliierten Mächte noch weiter mit Zwangsmitteln verfahren könnten. Wenn aber Finnland die strenge Intervention verweigere und Garantien gebe, daß die eingeschleppten Waren ausschließlich zum eigenen Verbrauch bestimmt waren, wozu die alliierten Regierungen immer bereit seien, innerhalb der Grenzen der den alliierten und neutralen Ländern zur Verfügung stehenden Ressourcen, so werde um Antwort ersucht.

Der finnische Gesandte antwortete demnach, daß Finnland, und im Auftrag seiner Regierung übergab er die Antwortnote, in der betont wurde, daß die finnische Regierung alles unterlasse, um die lateinischen Völkern zu einer Vereinigung zu bewegen, und ihr jede aggressive Aktion gegen die germanischen Völker fernliege. Gern sei es allerdings, die Bevölkerung von Karelien zu erlösen, weil diese Bevölkerung, mit Ausnahme weniger Dänen, ganz und gar finnisch sei. Wenn aber die vorerwähnten russischen russischen Ursprungs dort weiterjähren, die Bevölkerung unter einer Exzeptionsherrschaft zu halten, dann könnte Finnland gezwungen werden, dort helfend eingzugreifen, erst recht, da die lateinische Bevölkerung sich schon hilfesuchend an Finnland wandte.

Das rumänische Parlament.

DP. Bukarest, 17. Juni. Aus Jassy wird gemeldet: Die heute im Jassyer Nationaltheater erfolgte Eröffnung des Parlaments verlief in durchaus ruhiger und würdiger Weise. Die Königin und die Prinzessinnen waren zur Feier nicht erschienen. Die Vertreter des diplomatischen Korps hatten keine Einladungen erhalten. Als der König, der bei seinem Erscheinen von den Volksvertretern lebhaft begrüßt wurde, beim Verlesen der Thronrede sagte, daß die Verlängerung des Widerstandes eine vollkommene Erschöpfung der Kräfte des Landes herbeigeführt haben würde, und daß Rumänien den Frieden abgeschlossen habe, der sich ihm als eine Lebensbedingung aufdränge, brachen die Kammern in einen mehrere Minuten währenden Beifallsturm aus. Mit den gleichen stürmischen, langanhaltenden Rundgebungen wurde die Stelle angenommen, in der von der Angliederung Bessarabiens an das Mutterland die Rede ist. Auch die Worte von der Wiederaufnahme der früheren Freundschaft zu den Mächten, mit denen der Friede geschlossen wurde, fanden aufrichtigen Beifall.

Aus England.

Der Völkerbund. — Die englischen Eisenbahner. — Australiens Bundesstreue. — Die deutschen Kolonien am Südpazifik.

DP. Haag, 17. Juni. Reuter meldet aus London: Das Mitglied der Arbeiterpartei Barnes erinnerte in einer Rede in Parisfeld daran, daß er auf der Alliiertenkonferenz vorgeschlagen habe, einen Völkerbund zu gründen. Diesen Vorschlag habe er ganz persönlich und ohne besondere Ermächtigung gemacht. Ueber den Frieden wolle er nicht reden, wenn der Frieden nicht kommen könne. Er sei immer noch überzeugt, daß das Bestreben Deutschlands, Europa zu beherrschen, bereitet und so die Vorbedingung für einen dauerhaften und gerechten Frieden geschaffen werden müsse. Aber er trete auch dafür ein, daß nun ein Anfang mit dem Völkerbund gemacht werden solle, bevor der Krieg zu Ende sei, denn sonst werde die Welt im ersten Hauch des Friedens und der Erschöpfung es versäumen, Maßregeln zu treffen, den Frieden dauerhaft zu machen.

DP. London, 18. Juni. (Reuter.) Das Mitglied der Arbeiterpartei und Sekretär des Nationalverbandes der Eisenbahner, Joseph Thomas, erklärte in einer Rede in Edinburgh: Wenn es möglich sei, die militärischen durch die diplomatischen Anstrengungen zu ergänzen, so sollte das getan werden. Die Arbeiter wünschten aber nicht die Grundzüge des deutschen Militarismus gelten zu lassen. Die Arbeiter seien überzeugt, daß England für die gute Sache kämpfe, und daß diese schließlich triumphiere. Thomas forderte die Zuhörer auf, sich zu vergegenwärtigen, daß durch die Entwicklung der Luftschiffahrt und der U-Boote die Schrecken des Krieges noch größer würden und fragte schließlich, was für Aussichten eröffnen sich uns, wenn es uns nicht gelingt, den rasenden Stier, der jetzt Amok läuft, zum Stehen zu bringen.

DP. Haag, 18. Juni. Reuter meldet aus London: Der australische erste Minister Hughes, der sich augenblicklich in England befindet, erklärte in einer Rede, Australien zahle auch weiter den Preis für seine Freiheit, den es bisher immer gezahlt habe, es wolle keinen deutschen Frieden und verlange Sicherungen gegen eine Unterdrückung in der Zukunft. Dieser Ausdruck schließt die australische Monroe doktrin für den Südpazifik des Stillen Ozeans ein.

DP. Rotterdam, 18. Juni. Die „Morning Post“ weist darauf hin, daß es der Wunsch aller am Stillen Ozean liegenden Länder ist, daß die früheren deutschen Kolonien keinesfalls wieder an das Deutsche Reich zurückfallen. Es herrscht aber zwischen dem Premierminister von Australien Hughes und dem Premierminister von Neuseeland Massey Meinungsverschiedenheit darüber, was mit ihnen zu geschehen habe.

Die Rückkehr der Ausgetauschten.

Zur Aufklärung der Angehörigen.

Nach den Berner Vereinbarungen werden alle kriegsgefangenen Unteroffiziere und Mannschaften, die mehr als 18 Monate in Gefangenschaft sind, in die Heimat entlassen, und alle kriegsgefangenen Offiziere mit gleicher Dauer der Gefangenschaft in der Schweiz interniert. Der Abtransport erfolgt grundsätzlich in der Reihenfolge des Tages der Gefangennahme. Ferner werden alle Zivilpersonen, die während des Krieges einmal interniert waren, in die Heimat entlassen. Die Entlassung der jetzt noch internierten Zivilpersonen muß bis zum 15. August 1918, die der während des Krieges einmal interniert gewesen, jetzt aber freilebenden Zivilpersonen bis zum 15. November 1918 durchgeführt sein. Der Austausch oder die Internierung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten erfolgt nach diesen Vereinbarungen, ohne daß es einer besonderen Meldung oder Anforderung bedürfte.

Ausgenommen von der Entlassung und Internierung sind nur Kriegsgefangene, die sich in gerichtlicher Untersuchung oder in Strafhast befinden, und zwar bis zur Verbeibaltung der Strafe. Ihre Entlassung oder Internierung läßt sich in keiner Weise erreichen. Kriegsgefangene Unteroffiziere und Mannschaften, deren gerichtliche Strafen Ende 1916 ausgesprochen wurden, werden, wenn die Voraussetzungen für den Austausch in die Heimat vorliegen, nicht in die Heimat entlassen, sondern nur in der Schweiz interniert. Wie lange der Austausch dauern und in welchem Tempo er sich vollziehen wird, ist noch nicht vorzusehen. Ein Zeitpunkt für die Rückkehr einzelner Kriegsgefangener kann daher auch nicht annähernd angegeben werden. Eine Bevorzugung Einzelner durch früheren Austausch oder Internierung ist unter keinen Umständen zu erreichen. Dahin gehende Gesuche bedeuten eine Benachteiligung früher gefangener Kameraden der Kriegsgefangenen und können schon aus diesem Grunde nicht berücksichtigt werden.

Kleine Nachrichten.

Der Kaiser.

DP. Berlin, 18. Juni. Der Kaiser hat die ihm übermittelten Glückwünsche des Bundesrats zum 30jährigen Regierungsjubiläum, übermittelt durch den Stellvertreter des Reichszanklers, Herrn v. Beyer,

sowie selbige des Reichstagspräsidenten, Herrn Fehrenbach, in Telegrammen herzlich erwidert.

Aus Oesterreich-Ungarn.

(3.) Wien, 19. Juni. Die Verkürzung der Brotration wird von der gesamten Presse ernst besprochen. In der „Arbeiterzeitung“, die in ihrem Leitartikel sehr heftige Angriffe gegen die Regierung richtet, erhebt der Parteivorstand der Sozialdemokraten scharfen Widerspruch gegen diese Maßnahmen und lehnt jede Verantwortung für die Folgen ab. Andererseits fordert der Parteivorstand die gesamte Arbeiterschaft auf, die Ruhe zu bewahren, insbesondere sich nicht zu Ausschreitungen auf der Straße hinreizen zu lassen, vielmehr die Beschlüsse des einberufenen Wiener Arbeiterrats abzuwarten.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Winger, spart mit dem Kupfervitriol!

Die dem Weinbau für dieses Jahr zur Verfügung stehenden Mengen von Kupfervitriol sind gering. Im nächsten Jahr kann es vielleicht überhaupt nicht mehr geliefert werden. Es gilt also damit so sparsam wie nur möglich umzugehen! Was jetzt an Kupfervitriol erspart wird, das wird im nächsten Jahre sicher für die Peronospora-Bekämpfung zur Verfügung stehen.

Es lassen sich große Mengen von Kupfervitriol ersparen, indem man als Ersatz für Bordeauxbrühe

1. die sogenannte Martinbrühe verwendet. Die Herstellung ist folgende: 1 kg. Kupfervitriol und 1 kg. Alaun werden in 100 ltr. Wasser gelöst und danach so viel Kalkmilch zugefügt, bis das in die Brühe getauchte Phenolphthalein-Papier sich dunkelrot färbt. Bei der ersten Verspritzung kommt die Brühe $\frac{1}{2}$ ltr. zur Anwendung, also auf 100 ltr. Wasser $\frac{1}{2}$ kg. Kupfervitriol und $\frac{1}{2}$ kg. Alaun. Für die folgenden Verspritzungen sind $\frac{1}{2}$ ltr. Brühen zu verwenden.
2. durch Benutzung von Perocidbrühen. Sie eignen sich nur für Trockengebiete und trockene Lagen. Für die erste Verspritzung dient eine $\frac{2}{3}$ ltr. Brühe, für die folgenden eine $\frac{3}{4}$ ltr. Brühe. Die Herstellung ist folgende: 2 resp. 3 kg. Perocid werden in 100 ltr. Wasser gelöst und danach so viel Kalkmilch beigegeben, bis sich das in die Brühe getauchte Phenolphthalein-Papier dunkelrot färbt.

Nähere Auskunft erteilt: Obst- und Weinbauinspektor Schilling in Gießenheim.

Meldungen zum Hilfsdienst.

X Aus dem Rheingau, 20. Juni. Unter den neuerdings entlassenen Wehrpflichtigen, insbesondere den Kriegsschädigten, welche durch einen Befehl des Bezirkskommandos angehalten wurden, sich beim Einberufungsausweis zum Hilfsdienst anzumelden, scheinen vielfach Unkenntnis oder falsche Anschauungen über die Geltung des Hilfsdienstgesetzes zu herrschen. Es wird daher zu ihrer Belehrung darauf hingewiesen, daß sämtliche nicht im Heeresdienst stehenden oder auf Grund einer Reklamation entlassenen, also auch die infolge Kriegsschädigung zur Entlassung gekommenen Wehrpflichtigen nach dem Gesetz Hilfsdienstpflichtig sind und sich innerhalb der festgesetzten Zeit durch Ausfüllung einer Meldebarte — die beim Einberufungsausweis und den Polizeibehörden Wiesbaden, auf dem Lande bei den Bürgermeistereien zu haben ist — anzumelden haben. Ihre Veranlassung zum Hilfsdienst wird aber stets unter möglicher Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der einzelnen Hilfsdienstpflichtigen und des etwa von ihnen eingereichten Beweises um Zurückstellung vom Hilfsdienst erfolgen, und nur, soweit nicht ihre inzwischen selbst gewählte Tätigkeit schon als Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst angesehen ist. Ein Grund zur Beurlaubung über die Veranlassung kann also bei den in Frage kommenden Wehrpflichtigen nicht vorliegen.

Es regnet!

* Aus dem Rheingau, 19. Juni. Endlich, nach langen Wochen fast ununterbrochener Trockenheit hat gestern ein erfrischender Landregen eingelegt, der von allen Gartenbesitzern und Landwirten mit einem Aufatmen der Erleichterung begrüßt wurde. Die Wetterlage deutet darauf hin, daß wir noch mit ausgiebigen Regenfällen rechnen können. Es ist ein Millionenregen, der zu höchsten Zeit einfiel. Hoffentlich ist er noch zur rechten Zeit gekommen. Für die nun bevorstehende allgemeine Traubenblüte wäre ein Regen von längerer Dauer nicht von Vorteil.

Eine brennende Kohlenladung.

— Bingen, 19. Juni. Mitten in einer Rauchwolke traf am Donnerstagabend nach 8 Uhr der Schleppkahn „Maria Christine“ aus Hahnweide, der dem Schiffer Fritz Wagner gehört, hier ein. Das Schiff hatte eine Ladung Bricketts, die in Brand geraten ist und bis jetzt nicht gelöscht werden konnte. Der Kahn wurde hierhin bis zum Weidenspeicher geschleppt, wo man vor allem versuchte, durch sorgfältigen Verschluss sämtlicher Läden dem Feuer die Luft zu nehmen, sobald es erlöschen mußte. Als aber am Morgen die Läden aufgeschlagen wurden, schlugen die Flammen hoch aus diesen heraus. Der Brand hat bereits die Ladung von drei Lagerräumen ergriffen und dehnt sich stündlich weiter aus. Die hiesige Feuerwehr machte den Versuch mit Wasser das Feuer zu dämpfen, es ließ auch nach, aber anscheinend wird auch diese Art der Bekämpfung nicht zu dem gewünschten Erfolg führen. Die Ladung Bricketts war für die Firma Stachelhaus und Buchs in Mannheim bestimmt. Erfahrungsgemäß ist es äußerst schwierig, brennende Schiffe zu löschen. Man muß einmal abwarten, ob es in diesem Falle gelingen wird, das Feuer Herr zu werden.

Behandlung der Kriegsgefangenen.

WM Mainz, 15. Juni. Das Haager Abkommen, das bisher für die Behandlung der Kriegsgefangenen maßgebend war, enthielt über sie nur ganz allgemein gehaltene wenige Vorschriften, die dazu durch die lange Dauer des Krieges und die Praxis der einzelnen Staaten fast außer Kraft gesetzt waren. Demgemäß ließ die Unterbringung und Behandlung der Kriegsgefangenen besonders in Frankreich sehr viel zu wünschen übrig und das Los sowohl der Offiziere als auch der Unteroffiziere und Mannschaften war dort ein

außerordentlich trauriges. In letzter Zeit ist es nun gelungen, mit der franz. Regierung in Bern eine genauere und eingehendere Abmachung über die Kriegsgefangenen zu treffen. Aus ihr ist vor allem hervorzuheben, daß es unsern Kriegsgefangenen in Frankreich nunmehr gestattet ist, Spaziergänge außerhalb des Lagers zu machen und daß die franz. Regierung sich verpflichtet hat, ihnen täglich 350 Gr. Brot, die sich für Arbeiter auf 400 Gr. erhöhen, zu gewähren. Unsererseits ist daraufhin ebenfalls Spaziergänge der Offiziere und Mannschaften, sowie eine tägliche Brotration von 250 Gr. zugesagt worden. Wenn danach in nächster Zeit es manchen auffallen sollte, daß Kriegsgefangene spazieren geführt werden und daß sie unter Umständen mehr Brot erhalten als die deutsche Bevölkerung, so mag er sich dabei vorhalten, daß diese Zugeständnisse unbedingt notwendig waren, um die Lage unserer eigenen Kriegsgefangenen in Frankreich zu verbessern und zu einer erträglichen zu gestalten.

Fliegerleutnant Buckler.

* Mainz, 19. Juni. Fliegerleutnant Buckler, der zur Ausheilung einer Schußwunde nach Hindau gebracht wurde, stammt aus Mainz-Rombach. Buckler, der 33 Luftflüge errungen, mit dem Pour le Merite ausgezeichnet und von Beruf gelernter Dachdecker ist, hat es als Flieger bis zum Offizier gebracht.

Explosion im Höchster Elektrizitätswerk.

* Höchst a. M., 18. Juni. Infolge Ueberhitzung ist heute früh gegen 4 Uhr der große Transformator des städtischen Elektrizitätswerkes an der Ecke Königsteiner Straße und Sedanstraße in die Luft geflogen. Durch den gewaltigen Luftdruck wurden fast alle Fenster Scheiben der Nachbarhäuser zertrümmert. Menschenleben kamen nicht zu Schaden. Der Sachschaden ist sehr erheblich. Die Stromzuführung nach verschiedenen Stadtteilen ist unterbrochen, dürfte aber im Laufe des Tages durch Umschaltung wieder hergestellt werden.

Raubmord.

* Gleiwitz, 17. Juni. Ein Frauenmord, der im benachbarten Koslauer Wald verübt wurde, rief hier große Erregung hervor. Die 20jährige Arbeiterin Hoffa wurde mit durchschnittenem Halse aufgefunden. Der Wochensohn, den sie bei sich trug, fehlte. Anscheinend liegt Raubmord vor. Der mutmaßliche Täter wurde bereits verhaftet.

Ueberlassung von Mund- und Taschentüchern.

— Die Reichsbekleidungsstelle sieht sich veranlaßt, das Verbot der Ueberlassung von Mund- und Taschentüchern in Gastwirtschaften vom 1. Juli d. Jahres ab auch auf Vereine, Kassen, Kantinen, Helme aller Art auszudehnen. Das Bedecken schlechter, mit Gewerbeüberzügen versehenen Tische, ist nicht mehr zugelassen. Die entbehrliche Gastwirtschaft wird durch einen amtlichen Einkäufer der Reichsbekleidungsstellen angekauft werden. Als entbehrlich sind erachtet 75% der Taschentücher — der Fläche nach berechnet. Bett- und Handtücher soll nur im Falle des Vorhandenseins besonders großer, für den derzeitigen Betrieb nicht benötigter Bestände nach besonderer Einzelprüfung der vorliegenden Verhältnisse abgefordert werden. Von Betrieben, die still liegen, sollen 75% der Taschentücher, 50% der Betttücher und 50% der Handtücher — der Fläche nach berechnet — abgegeben werden. Die Vergütung für die freiwillig abgegebene Wäsche beträgt: für ungebrauchte Ware, die im Frieden gekauft wurde, der Einkaufspreis des Verkäufers zuzüglich 20%; für ungebrauchte Ware, die während der Feuerung im Kriege gekauft wurde, der Einkaufspreis zuzüglich 6%. Zinsen seit dem Tage des Erwerbs durch den Verkäufer. Für gebrauchte Wäsche ist von diesen Preisen ein der Wertverminderung entsprechender Abzug zu machen, dessen Höhe der sachverständige Einkäufer festsetzt.

Der Landrat ist nicht der Schuldige.

* Im Wohlbauer Kreisblatt ist folgendes zu lesen: „An den Unterzeichneten gerichtete Briefe tragen vielfach die Adresse: An „Herrn Geheimrat“ usw. Ich muß darauf hinweisen, daß mir dieser Titel nicht zusteht, da ich f. Z. die Bitte ausgesprochen habe, von seiner Verleihung Abstand zu nehmen, den alten preussischen Titel „Landrat“ schäme ich viel höher und will auch stets, soweit es in meinen Kräften steht, der Ratgeber für alle bleiben, die mich um meinen Rat angehen. Leider werden heute sowohl von Erzeugern als auch von Verbrauchern alle ihnen unbequemen Maßnahmen auf die Landräte geschoben, obwohl die vorgeschriebenen Ablieferungen von Getreide, Vieh, Heu und Stroh und dergl. die scharfen Kontrollen der Mäßen, die Anschläge der Kuhhalter an Rinderkuren, die Abforderung von Eiern, die Herabsetzung der Brotration, die verschiedene Bemessung der Fleischrationen je nach der Größe der Ortschaften, die geringe Versorgung der Landkreise mit Lebensmitteln u. a. auf allgem. meinen Vorschristen beruhen, an denen kein Landrat etwas ändern kann. Der preussische Beamte hat die Befehle, die er von höherer Stelle bekommt, auszuführen, selbst wenn er sie nicht für richtig hält. Infolgedessen sind mir persönliche Anfeindungen wegen der gegenwärtig notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen, insbesondere in Wiesen ohne Unterschrift, völlig gleichgültig; Drohungen machen auf mich erst recht keinen Eindruck. Ich werde nach wie vor das tun, was ich für meine Pflicht halte. Dr. v. Engelmann, Königl. Landrat.“

Schwere Frostschäden in der Schweiz.

* Scharfe Fröste bis zu 4 Grad unter Null haben in vielen Gegenden der Schweiz geradezu verheerend auf die Kulturen gewirkt. Ein großer Teil der Reben, namentlich in der Wiener Gegend ist vernichtet. Im Berner Oberland sind die Kartoffel- und Bohnenkulturen gänzlich zerstört. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Der Storch als Windeldieb.

* Von einer Bleiche in Heitshofen, Kreis Ladbach, waren mehrere Wäschestücke verschunden, und es fiel auf, daß gerade kleine Stücke, besonders Kinderwäsche, fehlten, während man größere und offenbar wertvollere Wäschestücke verschmähte hatte. Man kam auf den Gedanken, einmal Hausdurchsuchung zu halten bei dem Storchpaar, das oben auf dem Hausbuche seine Wohnung wieder bezogen hatte. Und siehe da: der Verdacht bestätigte sich voll und ganz. In dem Storchnest fand man die vermißte Kinderwäsche, auch Taschentücher und eine Schürze; mit diesen Sachen war das Nest für die vier Jungen vorzüglich ausgepölkert. Man mußte die Wä-

schstücke, die auch für Menschen jetzt hohen Wert haben, der Storchfamilie zwar nehmen, füllte dafür aber das Nest mit gutem Heu als vollgültigem Ersatz aus.

Ein einsichtsvoller Bürgermeister.

* In einer schwedischen Stadt hatte sich eine Menge Menschen vor der Wohnung des Bürgermeisters angeammelt. „Was wollen Sie hier?“ fragte das Oberhaupt der Stadt verwundert. — „Wir demonstrieren, um mehr zu essen zu bekommen!“ erscholl es dumpf aus dem Hause. — „Das ist eine geistreiche Idee“, gab der Bürgermeister zurück, „ich komme gleich auch hinunter und mache mit.“

+ Wie der deutsche Tabakverein mitteilt, bemühte die Lieferung von Rauchtabak, dem 85 vom Hundert Buchenlaub zugesetzt war, an das Heer auf einer vom Kriegsministerium genehmigten Anordnung der deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten, sich zu binden. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Beimischung vollständig ungeeignet war. Der Rauchtabakverband hatte sich vorher für die Beimischung von Hopfen ausgesprochen. Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Soldaten eine betrieblige Mischung mit Buchenlaub ablehnen, ist alsbald verfügt worden, daß dem Rauchtabak keinerlei Laub mehr beigegeben werden darf. Die Betriebe, die sich auf Grund der erwähnten Anordnung der deutschen Zentrale mit zu außerordentlich hohen Preisen eingebrachtem Buchenlaub versehen haben, erleiden jetzt zum Teil in viel Tausende gehende Verluste.

— Bestandaufnahme bei den Brauereien. Um eine Unterlage für die nach der Ernte zu treffende Entscheidung über die Belieferung der Brauereien im neuen Konjunkturjahr zu gewinnen, ist eine Bestandaufnahme der sämtlichen am 30. Juni um Mitternacht bei den Brauereien vorhandenen Getreide-, Malz- und Biervorräte durch Anordnung des Direktoriums der Reichsgetreidestelle auf Grund des § 5, Abs. 2 der Verordnung über die Malzkontingente der Bierbrauereien und den Malzhandel vom 20. November 1917 — R. G. Bl. S. 1051 — angeordnet worden. Vorbrude für die Bestandsanzeigen werden den Brauereien von den zuständigen Steuerbehörden von Amts wegen zugehen.

— Keine Bezugsscheine auf Bettwäsche. Die Reichsbekleidungsstelle gibt bekannt, daß künftig Bezugsscheine auf Bettwäsche nur für Kranke, Wundkranken und Säuglinge gegen eine Bescheinigung des Arztes beziehungsweise der Hebamme erteilt werden. Sonstige Antragsteller sind auf bezugsscheinfreie Wävertgarnzeugnisse zu verweisen.

— D. U.-Pferde. Nach behördlicher Vorschrift sind Landwirte, die D. U.-Pferde käuflich erworben haben, verpflichtet, die Pferde nur in ihren Betrieben zu verwenden und dürfen dieselben keinesfalls weiter verkaufen. Die zum Heeresdienst untauglichen Pferde werden in erster Linie an die Landwirtschaft abgegeben, dann aber auch an gewerbliche und sonstige Betriebe, wo keine allzu großen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Tiere gestellt werden.

— Die deutschen Konsumvereine. In Köln tagt gegenwärtig der Genossenschaftstag des Zentralverbandes der Konsumvereine. Im Vorstandsbericht wurde mitgeteilt, daß jetzt 1079 Konsumvereine mit 2 190 600 Mitgliedern dem Verband angehören. Da es sich bei diesen meistens um Familienvereine handelt, so kann man die durch die Konsumvereine versorgten Verbraucher auf 10 Millionen, also mehr als ein Siebtel der deutschen Bevölkerung, schätzen.

(—) Die Erreger der Varietät auf Geldscheinen. Einem sauburger Arzt ist es, wie in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, gelungen, auf Geldscheinen Trichophyten, die Erreger der Varietät, nachzuweisen. Und zwar gelang ihm der Nachweis bei 130 Scheinen 26 Mal. Die Zuspung dieser Keime auf die Haut eines Geübten ergab eine typische Erythematik der Haut, in der sich wieder Trichophyten nachweisen ließen. Neben diesen Pilzen wachsen auf den Scheinen Staphylokokken, wodurch auch die gleichzeitig beobachtete Zunahme der Phodermien (oberflächliche Hauterkrankungen, wie Furunkeln etc.) sich erklären. Sonstige krankheitsverursachende Keime, wie Diphtherie, Typhus, Tuberkelbazillen wurden nicht gefunden.

(—) Die Kirchen im Koffer. Das „Siedelberger Tageblatt“ schreibt: Eine Mannheimer Dame begab sich mit schwerbeladenem Handkoffer zum Bahnhof der Nebenbahn. Untenwegs traf sie einen Mann, der sie anfragte, was sie in dem Koffer habe. Die Dame vertraute dem unbekannten Mann in größter Unvorsichtigkeit an, daß sie Kirchen habe, und fügte hinzu, man müsse sich vor dem Kriminalschutzmann hüten. Man wurde dahin einig, daß der Mann den Koffer zur Bahn trage. Dort angekommen begab sich die Dame an den Schalter, um ihre Fahrkarte zu lösen. Bei ihrem Zurückkommen wurde ihr von dem unbekannten Manne eröffnet, daß die Kirchen beschlagnahmt seien. Der unbekannte Mann war nämlich der Kriminalschutzmann.

(—) Zu vertrauensvoll. Eine Witwe aus Oberhessheim bei Lahr, hatte einen fremden, angeblich in Urlaub befindlichen Soldaten zur Arbeit eingestellt, ohne sich weiter um seine Persönlichkeit zu kümmern. Während die Frau nun mit ihren Töchtern das Haus verlassen hatte, spannte der angebliche Soldat eine Kuh vor den Wagen, auf welchen er Speck, Schinken, Eier, Schinken, einen Anzug u. a. ausgeladen hatte und fuhr davon. Wohin er sich gewendet hat, bedarf noch der Aufklärung.

(—) Taschenuhren zur Ermittlung vermisster Soldaten. Die Taschenuhren tragen bekanntlich eine Fabriknummer, in der Regel auch das Warenzeichen der Fabrik. Der Fabrik wird es dadurch leicht, laut ihren Büchern festzustellen, an welchen Uhrmacher sie die Uhr abgeliefert bzw. verkauft hat. Der Uhrmacher wiederum bringt in dem hinteren Deckel der Uhr mit einem Stahlstift ein mikroskopisch klein eingraviertes Reparaturzeichen an. Vergleicht er dieses Zeichen mit seinem Büchereintrag, so weiß er, wer der Besitzer dieser Uhr war. Diesen Vorgang macht sich nun jetzt die Zentrale für Nachlassachen in Berlin B. 15, Joachimstalerstraße 10 zunutze, indem sie der „Uhrmacher-Woche“ sechs umfangreiche Listen solcher Reparaturzeichen aus Uhren unbekannter gebliebener Gefallener beilegt. Man hofft, daß sich alle deutschen Uhrmacher an der Ermittlung beteiligen, indem sie gegebene Reparaturzeichen, wenn eine Uhr gehört, in der ihr Reparaturzeichen gefunden wurde. Es ist davon die Auffassung sehr vieler jetzt noch dunkler Schicksale zu erwarten.

Gerichtszeitung.

Die Milchfälscherin.

* Limburg 17. Juni. Weil es Milch durch Zusatz von Wasser gefälscht hatte, wurde ein Dienstmädchen vom hiesigen Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

(S) Fälscherei an Brotscheinen. Aus Frankfurt wird gemeldet: Bei dem Mechaniker Joh. n. K. wurden 114 Brotscheine gefunden, mit denen er gerade zu handeln beginnen wollte. Er will die Scheine von einem Unbekannten für 95 Mark gekauft haben und versicherte an der Strafkammer „auf sein heiliges Ehrenwort“, sein Herz habe nicht daran gedacht, daß sie gefälscht sein könnten, der Unbekannte habe gesagt, er habe sie auf gekauft. Aber es waren Scheine einer erst kommenden Verteilungsperiode, und gerade von dieser Serie waren aus einer Druckerlei 16 000 Stück gestohlen worden. Das Schöffengericht hatte wegen Fälscherei auf sechs Wochen Gefängnis erkannt, die Strafkammer erhöhte die Strafe auf 6 Monate.

Weinzeitung.

+ Destr. 18. Juni. Die Vereinigung Weingutsbesitzer Destr. brachte heute in ihrer Naturweinverkostung die erste Hälfte = 50 Nummern 1917er Weine aus Lagen der Gemarkungen Mittelheim (Neuberg, Honigberg), Destr. (Hj., Steinkaut, Keresberg, Alment, Eiserpfad, Teich, Dooberg), Winkel (Rheinflecht) und Gollgarten (Hendelberg, Deeg) zum Ausgebot. Diese Weine wurden glatt zugekauft und brachten bis zu 16 360, 18 400, 18 420, 19 760 und 20 000 Mk. das Stück. Im übrigen wurden für 48 Halbstück 5 650—6 870—7 810—8 280—10 000 Mk., 2 Viertelstück 3 040, 4 020—9 990—11 620 Mk., 2 Viertelstück 3 650 und 7 000 Mk., durchschnittlich das Halbstück 7 243 Mk. bezahlt. Der gesamte Erlös stellte sich auf 354 890 Mk. ohne Faßer.

* Destr. 19. Juni. Am heutigen Tage brachte die Vereinigung Weingutsbesitzer Destr. die zweite Hälfte ihrer 1917er Weinverkostung aus denselben Lagen zum Ausgebot und erzielte ebenfalls hohe Preise. Es kosteten die Halbstück von 6 150—7 510—7 960—8 520—8 980—9 210—9 990—11 620 Mk., 2 Viertelstück 3 650 und 7 000 Mk., durchschnittlich das Halbstück 7 326 Mk.; Gesamterlös 344 330 Mk. ohne Faßer.

Die Kleiderabgabe.

Man schreibt uns: Die Offensive der Reichsbelleidungsstelle gegen den männlichen Teil der Bevölkerung hat wegen des bürokratischen Ungeheuers der Ausführung lebhaften Unwillen erregt. Im Reichstag hat der Abg. Rudolph (Str.) eine kleine Anfrage eingebracht und im preussischen Landtag hat der Abg. Dr. Hah die mäßige Sache sogar zu einem Antrag verdrängt. Daß damit nichts, als höchstens eine inhaltslose Antwort herauskommt, ist heute schon vorauszusetzen. Die Reichsbelleidungsstelle ist mit solcher Machtvollkommenheit beauftragt, daß Reichstag und Landtag dahinter zu nachgeordneten Stellen zusammenschrumpfen. An Kritik der Maßnahmen der Reichsbelleidungsstelle hat es nicht gefehlt. Die ganze Presse hallt davon wieder. Auch vernünftige Vorschläge sind aufgetaucht. Alles das hatte keinen Erfolg. Die Reichsbelleidungsstelle „erklärt“ und führt unbarmherzig ihre bürokratische Offensive weiter. Sie sucht Anzüge da, wo nichts oder wenig zu finden ist. Sie nimmt, wo jeder Anzug notwendig ist. Dafür hat sie ein Schema ausgearbeitet: wer mehr als drei Anzüge besitzt, soll einen abgeben. Ob der Besitzer Familienvater mit heranwachsenden Söhnen ist, kümmert die Reichsbelleidungsstelle nicht. Was berechnete Erbitterung erregt hat, ist dies schematische Verfahren. Der Festbesoldete, überhaupt der Mittelstand, der schwer zu kämpfen hat, muß seine letzten letzten Kleiderbestände für die Munitionsarbeiter abgeben. Warum öffnet die Reichsbelleidungsstelle die Schränke der Leute, die im Besitz guter und reichlicher Garderoben sind? Warum verlangt sie nicht von dem, der fünfzehn und mehr Anzüge besitzt, fünf Anzüge? Die Zahl dieser Leute ist nicht gering, während des Krieges sogar um die Klasse der tüchtigen Kriegsgewinnler vermehrt worden. Wenn die Reichsbelleidungsstelle eingreift, was gar nicht so schwer ist, wird sie mit weniger Arbeit in unheimlich kurzer Zeit eine runde Million Anzüge zusammenbringen. Was denken sich denn eigentlich diese sogenannten „Kriegsbehörden“? Was man der Bevölkerung jetzt androht, ist weiter nichts als geistlich genehmigter Raub. Ferner sei die Frage gestellt, wer denn den Gewinn aus dem An- und Verkauf der Anzüge einstreicht. Beispiel: Ein Herr liefert seinen Anzug ab und erhält dafür 16 Mark, er kauft sich ein Loch in seinen nunmehr einzigen Anzug und will von der Belleidungsstelle den alten Anzug wieder haben, soll aber dafür 60 Mark bezahlen. Erklärt mir, Graf Dornburg!

Im hiesigen Handelsregister Abtl. A Nr. 98 ist zur Firma W. A. Goff und Sohn, Hattenheim eingetragen, daß in das bestehende Geschäft Rentner Wilhelm Jacnisch zu Wiesbaden eingetragen ist. Offene Handelsgesellschaft seit 21. Mai 1918.

Radesheim a. Rh., 3. Juni 1918.

Königliches Amtsgericht.

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotoalben, Gruppenbilder, Heimaufnahmen Vergrößerungen nach jedem Bild. Grosses Lager in Broschen und Anhängern. Aufnahmen dazu gratis.

12 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 75 Pfg. 12 Fotos Mk. 1.50.

Reisepassbilder in sofort. Ausführung.

Aufnahme bei jed. Witterung, bis abends 9 Uhr. Sonntage v. vorm. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet. Elektr. Kopieranstalt, Entwickeln von Film u. Platten u. Abzüge auch fürs Feld.

Militärische

Gesuche

Auskunft: Unterstützung, Hilfsdienst usw. Auswärts briefl.

Befreiung, Urlaub, Zurückstellung, Entlassung, Verlegung, Ehrengeld, Schriftsätze an alle Behörden m. größt. Erfolg d. Rechtsbüros Gullisch, Wiesbad. Rheinstr. 60. Gg. Dankst. Ausw. br.

Die neuen Getreidepreise.

+ Der Bundesrat hat neue Getreidepreise, und zwar für das Jahr 1918 festgesetzt. Es wird in der Mitteilung gesagt, daß die Getreidehöchstpreise für das neue Erntejahr erhöht werden müssen. Fortgesetzte Steigerung der Produktionskosten und der sinkende Geldwert hätten sich zur unabwendbaren Notwendigkeit verknüpft, um den Rückgang des Getreide-Anbaues zu verhüten, der für Deutschland bei der noch fortbestehenden Absperrung vom Weltmarkt unerträglich wäre. Andererseits mußte bei der Preissteigerung aber auch treibende Preise keine unerträgliche Verteuerung der Lebenshaltung der Bevölkerung eintreten. Es wurde daher fest- und 30 Mark für die Tonne Hafer und Gerste mehr.

35 Mark für die Tonne Weizen und Roggen mehr und 30 Mark für die Tonne Hafer und Gerste mehr. Die Erhöhung der Grundpreise für Brotgetreide bedingt eine Steigerung der Mehlpreise um noch nicht zwei Pfennig für das Pfund Mehl und hält sich auch für Minderbemittele in erträglichen Grenzen.

Im Interesse der Brotversorgung mußte man auch, so heißt es weiter, an der Frühdropsprämie festhalten, umso mehr, da sie sich auch bewährt habe. Es wurden folgende Prämien festgesetzt:

Die Prämie beträgt für die Tonne Roggen, Weizen und Gerste, wenn die Ablieferung vor dem 16. Juli 1918 erfolgt: 120 Mark, vor dem 1. August 100 Mark, vor dem 16. August 80 Mark, vor dem 1. Septbr. 60 Mark, vor dem 16. Septbr. 40 Mark, vor dem 1. Oktober 20 Mark.

Die hohen Anfangssätze der Prämien kommen nur für früh geerntete Wintergerste und frühest geernteten Winterroggen in Betracht. Die Festsetzung von Dropsprämien für Hafer erfolgt durch eine später ergehende besondere Verordnung.

Wirtschaftliche Mitteilungen.

Keine Erhöhung der Kohlenpreise — Abbaudes gegenwärtigen Preisniveaus.

(b.) Berlin, 18. Juni. Mit Bezug auf die Beibehaltung der Kohlenpreise in Oberdeutschland und auf die kommende Richtpreisfestsetzung für Westfalen berichtet die „Post“, daß die Regierung auch gegenüber dem Preiserhöhungsversuchen des Kohlenindustrials ihren ablehnenden Standpunkt beibehalten habe, ja darüber hinaus die gleiche Stellung auch gegenüber dem Stahlwerksverband, Roheisenverband und der übrigen Montanindustrie einnehmen dürfte. In Regierungskreisen erörterte man sogar das Problem der Selbstkostenverringerung und eines Abbaues der Inlandspreise. Man vertrete die Meinung, daß der höchste Stand der Montanpreise erreicht und überschritten sein müsse. Von einem langsame Abbau der Montanpreise aus könne die Rückführung der allgemeinen Preislage aus dem jetzigen Zustand fortgreifender Lenkung in Angriff genommen werden. Daher soll auch die geplante Eisensteuer nicht wie bei Kohlen nach dem Werte, sondern nach Gewicht in Aussicht genommen werden. Mit einer Erhöhung der Preise für Montanprodukte würde daher voraussichtlich nicht nur nicht für das dritte Vierteljahr, sondern sogar in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu rechnen sein, und darin liege es begründet, wenn die Zeiten und Werte trotz der noch erhöhten Gewinne und der zumeist verringerten Abschreibungen — sowohl der ausgewiesenen wie der vorab verbuchten — in der überwiegenden Mehrzahl über die vorjährige Dividende nicht hinausgingen, vielleicht sogar zum Teil einen kleinen Rückgang eintreten lassen würden.

Das Geschäft blüht!

„Wer jetzt nichts gewinnt, verdient nicht, daß er den Krieg erlebt.“ Das ist das Leitmotiv für die handelsmännliche unzähliger Menschen geworden, die daheim hinterm sicheren Ofen sitzen und keinen Augenblick an die Opfer denken, die unsere Feldgrauen bringen müssen. Höchstens, daß sie einmal mit öfterer Rührung einen Protokollsenfener von sich geben über das Glend des Krieges — wenn — ja wenn es das Interesse des Geschäfts erfordert.

In den letzten Monaten hat sich immer deutlicher ein besonderes Geiste des übermäßigen Gewinnerzielens herausgebildet, das nicht nur den gewerbmäßigen Vertretern aller Art zugute kommt, sondern auch von Leuten geübt wird, die sonst nie daran dachten, Handelsgewinne zu erzielen. Diese „schöne Form“ gegenständlichen über das Ohr hauen wird vor allem bei der Verschönerung alter, gebrauchter Gegenstände geübt. Überall kann man lesen, daß hier gebrauchte Gegenstände wie

Möbel, Teppiche, Klaviere, Bilder, Sofas und Schulmappen, Küchentöpfe und Hängelampen „fast neu“ oder wenig gebraucht zu haben seien. Stets natürlich „preiswert“. Da ist ein Kleiderschrank, wuschig und hässlich, der auch mit lächerlicher Miene zu 100 Mark als preiswert angepriesen wird, obwohl er bereits in Friedenszeiten — vor 20 und mehr Jahren — noch keine 40 Mark kostete. Dort wird ein Teppich angepriesen, in dem die Motten schon mancherlei Unfug verübt haben, der zu Großvaters Zeiten vielleicht 50 Mark gekostet hat und jetzt für „nur 150 Mark“ wieder verkauft werden soll. Kurzum — ob ihr ein schlechtes Bild oder einen Topf, einen ächzenden, rumpeigen Kinderwagen oder einen Stuhl erwerben wollt, überall wird ein Preis gefordert, daß euch die Augen zu tränen anfangen mühen. Ganz gleich, ob der Verkäufer nun zu den wohlhabenden oder ärmeren Schichten gehört — immer wird das gleiche Liedlein gesungen — und werden die geforderten horrenden Preise gezahlt.

Wie es weiter gemacht wird, den Bucher in der Möbelbranche zum ärgsten zu gestalten, ergibt auch ein Gespräch, das zwischen zwei Frauen in einem von Schwefingen nach Mannheim fahrenden Zuge geführt wurde. Die eine erzählte der anderen ganz ungerne, daß sie vor einigen Tagen eine Schlafzimmereinrichtung für 1000 Mark auf gekauft und gleich für 1950 Mark weiterverkauft hätte. Eine Chaiselongue mit Decke habe sie für 85 Mark erstanden, die Decke allein habe ihr im Verkauf 110 Mark eingetragen. Jetzt habe sie wieder ein Schlafzimmer in Ludwigshafen gekauft und 1000 Mark dafür bezahlt. Sie miete sich ein leeres Zimmer und stelle es darin aus, unter 2000 Mark gebe sie es aber nicht her.

Ein Tanz ums goldene Kalb in miniature! Es wäre wirklich einmal an der Zeit, diesem moralvergiftenden Treiben ein Ende zu machen und dafür zu sorgen, daß gebrauchte Gegenstände nicht zum Konjunkturwert, sondern zum wirklichen Wert verkauft werden müssen. Noch ist es Zeit, daß die Behörden den Handel von Hand zu Hand für alle Gegenstände unterdrücken, wie den Handel mit Kleidungsstücken. Und dann eine Verkaufsregelung, ohne Bürokratismus, aber zu angemessenen, dem Volke erswinglichen Preisen. Denn — neue Gegenstände sind noch teurer und oft nicht erhältlich.

Im Rosenmonat.

Von W. Neumann, Sergeant im westl. Felde.

„Schönlich“ nahmen wir vom Rosenmonat Mai Abschied. Das Pfingstfest, das uns diesmal wieder neue Kraft im Willen und Vollbringen brachte, liegt im Schatten vergangener Tage. Nun kam der Rosenmonat mit seinem bunten Farbenkleid; er erinnert uns an Werden und Vergehen; auch an längst vergangene Tage der Rosenzeit, wo man nicht an eine so langwierige Schreckens- und Kriegszeit dachte. Aber was wollen wir? Klagen? Wohl haben wir hierzu allen Grund, weil eben die lange Dauer des Feldzuges uns immer mehr auf eine härtere Probe stellt und Entbehrungen auferlegt, die kein Deutscher vor dem Kriege auch nur im entferntesten geahnt hätte, sie ertragen zu können.

Wenn wir aber einen Blick werfen auf das grauliche Schlachtfeld, mit all seinen ungeheuren Qualen, so haben die Lieben daheim immer noch ein wenig Grund, zufrieden zu sein, weil sie eben von den fürchterlichen Verwüstungen des Weltbrandes verschont blieben, und sie noch wissen, wo sie ihr Haupt hinlegen gegenüber dem französischen Volke, das nirgend die richtige Ruhe findet. Die hätten sich unsere Feiggegnen gefreut, wenn sie unser industriereiches, schönes Rheinland erobert hätten; heute wäre unser Vaterland dem Ruin preisgegeben. Bald vier Jahre stehen wir aber tief im westlichen Land, wo die schönsten Städte und Industriegebiete dem Erdboden gleich gemacht wurden. Das weite Kampfgebiet ist von Millionen nicht explosierter Geschosse unterwühlt; die Saatfelder, die früher der französischen Nation reiche Ernte einbrachten, sind auf Jahre hinaus nicht zu bestellen und die Industrie mit den größten Notlöhnen ist für das jetzige Zeitalter lahm gelegt. Im Kampfgebiet und weiter zurück fallen täglich Hunderte französische und belgische Zivilisten bei Beschießungen und Bombenangriffen, verurteilt durch ihre eigenen Freunde, zum Opfer. Oftmals müssen Flüchtlinge Hab und Gut im Stiche lassen.

Daß unsere Heimat seither von diesen Schrecknissen verschont blieb, verdanken wir unserem tapferen, unüberwindlichen Heere und den Führern. Möge drum auch der bald entstehende Juni mit seinen duftenden Rosen und Blumen neues Hoffen in Herz und Gemüt gebracht, erhalten und gefördert haben, und auf die kommenden Monate hinauswirken, damit wir im Warten auf den Enderfolg nicht müde werden.

Seid willkommen, Rosentage!
Sei gegrüßt, du Sonnenlicht!
Laßt verjagenden Sorgen und Klagen,
Heil und Sieg! — wir tranken nicht!

Verantwortlich: Adam Etienne, Destr.

Dankagung.

Für die überaus zahlreiche Teilnahme an dem Hinscheiden und dem Beichenbegängnisse meines innigstgeliebten Mannes, unseres guten Vaters, Großvaters, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Herrn Peter Ignaz Moos,

Veteran von 1870/71

sagen wir hiermit Allen, insbesondere den Barmherzigen Schwestern, dem Kriegerverein, dem Militärverein, sowie auch für die gewidmeten Kranz- und Blumenspenden unsern herzlichsten Dank.

Destr., den 18. Juni 1918.

Die Hinterbliebenen.

Trauerbriefe — Trauerkarten

liefert schnellstens

„Rheingauer Bürgerfreund“.

Gefang- und Gebetbücher

in reichhaltigster Auswahl empfiehlt

Adam Etienne, Destr. a. Rh.

Bestellungen auf Gefang- und Gebetbücher nimmt auch Herr Joseph Moog, Weichensteller in Niederwalluf entgegen. Dasselbst auch Annahmestelle von Abonnements und Anzeigen für den „Rheingauer Bürgerfreund“.

Gebrauchte und neue

Stück- u. Halbstückbücher

zu kaufen gesucht. Offerte mit Preisangabe ist zu richten an Jos. Gorgus, Hattenheim.

Eine schöne junge

Fahrkuh

ist zu verkaufen.

Nähr. in der Expd. ds. Zeitung.

Arbeiter u.

Arbeiterinnen

nimmt ständig an

Chemische Fabrik, Winkel.

Bohnenstangen

von 3—5 Meter lang, das 100 zu 40 Mk., ab Lager hier, so lange Vorrat reicht, zu haben bei

Oreg. Dillmann, Weisenheim.